

245 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. Mai 1969,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956  
neuerlich geändert wird (19. Gehaltsgesetz-Novelle) samt  
Anlage

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
enthält eine durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes  
notwendig gewordene Neufassung die Bestimmungen über die  
Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere  
Bezüge im Bereiche des öffentlichen Dienstes. Außerdem sind  
in der Novelle Neuregelungen über die Haushaltszulage, die  
Kürzung der Bezüge bei ungerechtfertigter Abwesenheit vom  
Dienst, Auslandsbezüge, Dienstzulagen für Lehrer an Besuchs-  
klassen, die Abfertigung für zeitverpflichtete Soldaten und  
den Härteausgleich vorgesehen.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 9. Juni 1969 in Verhandlung genommen und  
einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen  
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Finanz-  
ausschuß den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom  
21. Mai 1969, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das  
Gehaltsgesetz 1956 neuerlich geändert wird (19. Gehaltsgesetz-  
Novelle) samt Anlage, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 9. Juni 1969

Dr. F r u h s t o r f e r  
Berichterstatter

Ing. Thomas W a g n e r  
Obmannstellvertreter